

Was bedeutet das Zusammenkommen verschiedener Machtverhältnisse für uns?

Referentin: Urmila Goel, freiberufliche Wissenschaftlerin, Bloggerin und Trainerin mit den Schwerpunkten Migration, Rassismus, Heteronormativität und den Verflechtungen von Machtverhältnissen. Mehr Informationen auf <http://www.urmila.de/>.

Autorin: Friederike, Teilnehmerin der Workshops von Urmila beim ZZZ-Wochenende. Ich gebe hier nur einen Teil von Urmilas Workshop wieder, in dem ich ein paar Stichpunkte herausgreife, die ich persönlich besonders interessant fand.

Privilegierte sind die unhinterfragte Norm: Machtverhältnisse zeichnen sich einerseits durch Privilegierung und andererseits durch Benachteiligung bestimmter Menschen aus. Privilegierung bedeutet, beim Zugang zu Rechten und Ressourcen im Vorteil zu sein. Viele Machtverhältnisse werden von Privilegierten wie Nicht-Privilegierten für Selbstverständlich genommen: dass Inhaber_innen eines deutschen Passes gegenüber Menschen ohne einen solchen oder Reichere gegenüber Ärmeren in vielen Bereichen des Lebens Vorteile genießen, ist vermeintlich normal und gar nicht rechtfertigungsbedürftig. Und wenn solche Machtgefälle doch thematisiert werden, wird meist ausschließlich über die Benachteiligten geredet: sie sind das Problem, ihnen muss geholfen werden. Dabei werden die Vorteile, die die Privilegierten genießen, oft nicht als Privilegierung gesehen, sondern erscheinen normal – dabei wird u. a. verkannt, dass die Privilegierung oft nur durch die Benachteiligung anderer möglich ist.¹⁾ Die Diskursmacht bei der Analyse und Kritik des jeweiligen Machtver-

hältnisses haben häufig die Privilegierten selbst – ein einleuchtendes Beispiel ist die deutsche Debatte über die Integration von Migrant*innen.²⁾ Die Privilegierten bilden die unhinterfragte Norm: ihre Privilegierung wird nicht thematisiert oder kritisiert. Das Machtverhältnis wird, wenn überhaupt, nur aus ihrer Perspektive heraus betrachtet.

Die Gleichzeitigkeit von Privilegierung und Marginalisierung: Mensch stellt sich leicht die Machtstruktur einer Gesellschaft wie ein eindimensionales Gefälle vor: Die Privilegierten ganz oben, die Benachteiligten darunter. Wenn mensch dann das Zusammenkommen verschiedener Machtverhältnisse mitberücksichtigt, scheinen sich zunächst nur weitere Stufe zu ergeben: manche Menschen sind sogar doppelt oder dreifach benachteiligt und stehen damit noch weiter unten auf der Leiter.

Stattdessen führt in Wirklichkeit das Zusammenkommen von Machtverhältnissen oft genug zu „ambivalenten Positionierungen“: Menschen gehören in Bezug auf ein Machtverhältnis zu den Privilegierten, in Bezug auf ein anderes zu den Marginalisierten. Als Frau of Color zum Beispiel gehört mensch zu einer rassistisch und sexistisch marginalisierten Gruppe. Ist mensch gleichzeitig aber Uni-Dozentin oder reich, ist mensch gegenüber vielen anderen in einer privilegierten Position.

Aufgrund solcher Verschränkungen gibt es eine Tendenz, eigene Benachteiligungen nicht zu bemerken oder Diskriminierungserfahrungen auszublenden, weil sie durch Vorteile und Privilegien in anderen Machtverhältnissen gleichsam ausgeglichen werden. Urmila erzählt von ihrer Forschung zu Menschen, die in Deutschland als Inder_innen markiert werden, dass viele die gegen sie gerichtete Diskriminierungen nicht als solche erkennen oder unterschätzen, weil sie z. B. als Angehörige der Mittelschicht anderweitig privilegiert sind.

Umgang mit eigenen Privilegien – Verantwortung erkennen und Verantwortung übernehmen: Mensch sollte die eigene Position kennen und kritisch reflektieren: eine privilegierte Position im einen Bereich kann unbewusst, aber auch bewusst zum Kampf gegen Benachteiligungen woanders eingesetzt werden. Für sich selbst, aber auch für andere. Es kann keine attraktive Lösung sein, alle Privilegien abzugeben, zumal es in Bezug auf viele Privilegien auch schlicht unmöglich ist. Wichtig ist, eine machtkritische Haltung zu entwickeln. Dabei muss mensch Ambivalenzen aushalten und darauf reagieren.

Es gibt Interessenkonflikte, die nicht perfekt gelöst werden können. Urmila bringt ein Beispiel: Ich bin gegen antimuslimischen Rassismus, aber deshalb muss ich nicht den Rassismus von durch ihn ausgegrenzten Menschen gegen andere tolerieren. Wie stellt mensch das an? Rassistische Instrumente dürfen nicht benutzt werden. Mensch sollte sich z. B. selbst fragen: Warum kritisiere ich den Islam und nicht das Christentum?

Auch inwieweit mensch es für angebracht hält, eigene Privilegien auszunutzen – indem mensch z. B. als Dozentin einen Anti-Rassismus-Workshop leitet und dabei die mit dem Status verbundene Diskursmacht nutzt, oder indem mensch als deutsche*r Staatsbürger*in durch Heirat einem anderen Menschen zur Staatsbürgerschaft verhilft – ist im Einzelfall zu entscheiden. Bei solchen Fragen gibt es keine allgemeingültigen Prinzipien, an die mensch sich halten könnte, sondern es gilt, jeweils abzuwägen und die beste Lösung zu suchen.

Powersharing (nach Rosenstreich³⁾): Dieser Begriff bezeichnet eine bestimmte Weise, aus einer privilegierten Situation heraus zugunsten von Benachteiligten zu handeln. „Macht abgeben kann ich nicht, aber teilen“, sagt Urmila. Das kann zum Beispiel darin bestehen, anderen Menschen Zugang zu Ressourcen, Rechten oder auch Geld zu ge-

ben. Dabei handelt es sich aber nur dann wirklich um ein Teilen von Macht, wenn ich keinen Einfluss darauf nehme, was die Person mit den Ressourcen anstellt und auch kein Dankeschön erwarte. Urmila zitiert Gabriele Rosenstreich, die dieses Konzept entwickelt hat:

„Eine Herausforderung von Powersharing besteht darin, zu respektieren, dass minorisierte Menschen andere Interessen haben und andere Entscheidungen treffen können, als es aus einer privilegierten Perspektive als ‚richtig‘ erscheint. Dazu gehört auch, das Recht von Menschen zu unterstützen, eigene Räume zu haben (zu denen man/frau selber keinen Zugang hat), eigene ‚Fehler‘ zu machen und wütend, fordernd und kritisch statt dankbar zu sein.“⁽³⁾

Urmila gesteht zu, dass ein solches Teilen von Macht schwerfällt und mensch sich auch in vielen Situationen aus guten Gründen dagegen entscheiden kann. Dann sollte mensch sich aber klar darüber sein, dass mensch Einfluss nimmt und eigene Privilegien ausnutzt.

Anmerkungen:

1) In einem Aufsatz zur Migrationspolitik schreibt Urmila: „So erscheint es im Fall der Staatsbürgerschaft in Deutschland als völlig normal, dass jede Person nur eine haben kann, sie ein Ausdruck für ungeteilte Loyalität ist und dass es das Recht des Staates ist, sie zu vergeben. Der durch die Staatsbürgerschaft erworbene sichere Aufenthaltsstatus, die an sie gekoppelte Möglichkeit der politischen Teilhabe sowie die durch die deutsche Staatsbürgerschaft ermöglichte weitgehende Reisefreiheit in der Welt, werden von jenen, die durch Geburt deutsche Staatsbürger_innen sind in der Regel als selbstverständlich angesehen und nicht als ein Privileg. [...] Die wenigsten fragen sich, wie es begründet sein kann, dass deutsche Staatsbürger_innen viel einfacher international reisen können als die Staatsbürger_innen vieler anderer Länder, und wie dieses Privileg mit der exklusiven Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft

verbunden ist. Die wenigsten machen sich klar, dass der eigene sichere Aufenthalt in Deutschland und der relative Wohlstand dort, auch davon abhängt, dass andere weniger Rechte haben und je nach Anforderungen des Arbeitsmarktes ins Land geholt werden oder nicht. Würden deutsche Staatsbürger_innen all diese Privilegien nicht als selbstverständlich sondern als Ergebnis von ungleichen Machtverhältnissen erkennen, dann müssten sie begründen, auf welcher Basis ihnen diese Privilegien zustehen.“ („Für eine nachhaltige Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland - Wider die (Re)Produktion ungleicher Machtverhältnisse und Privilegien“, siehe <http://www.urmila.de/forschung/integration/texte/politik.html>

2) In einem anderen Aufsatz Urmilas heißt es: „Während Partizipation etwas ist, das vom Staat ermöglicht werden müsste, ermöglicht das Sprechen über Integration im dominanten Diskurs, Forderungen an die Migrant_innen zu stellen. Sie werden durch die Integrationsanforderung zum einen als Andere (die anders sind als die zur Norm erklärte Dominanzgesellschaft) festgeschrieben und zum anderen wird von ihnen verlangt, dass sie sich der Dominanzgesellschaft angleichen, um so zu werden wie deren Vertreter_innen. Integration wird dabei im dominanten Diskurs und seiner politischen Implementierung nicht als das gemeinsame Entwickeln von etwas Neuem sondern vielmehr als das Einfügen des Anderen in ein bestehendes Ganzes, das sich nicht ändern muss, verstanden. Das Ganze bleibt die unhinterfragte Norm, die die Bedingungen der Integration definiert. Die Anderen sollen sich in es einordnen, sich an die Norm anpassen, sich assimilieren.“ („Migration im Europa der Regionen – Überlegungen zu ungleichen Machtverhältnissen und ihren Konsequenzen“, online hier: <http://edoc.hu-berlin.de/miscellanies/netzwerkmira->

38541/165/PDF/165.pdf)

3) Rosenstreich, Gabriele (2006): „Von Zugehörigkeiten, Zwischenräumen und Macht: Empowerment und Powersharing in interkulturellen und Diversity Workshops“, in: Elverich, Gabi/Kalpaka, Annita/Reindlmeier, Karin (Hg.) (2006): Spurensicherung – Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt a.M./London. 195- 231, S. 200.